

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,10 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Politisch-kontrolliert: Nr. 23395, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechnr.-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 19. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaltene Millimeterzeile für deren Raum 60 Mk., auswärts 6,00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, P. Mittheilungen, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 10.- Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 2.- Mk.

Neue Beweise für die Ermordung des Genossen Sült.

Den Verleumdern.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz bringt folgende Meldung: Da von kommunistischer Seite immer von neuem die Behauptung aufgestellt wird, der Obermaschinist Sült sei im Berliner Polizeipräsidium einem Morde zum Opfer gefallen, hat sich der Polizeipräsident zum Schutze der ihm unterstellten Beamten und im Interesse einer gerichtlichen Klärung der Angelegenheit entschlossen, gegen die Verbreiter der genannten Behauptung Strafantrag zu stellen. Zunächst ist Strafantrag gegen die verantwortliche Schriftleitung der „Roten Fahne“ sowie gegen verschiedene kommunistische Redner in Versammlungen und Stadtparlamenten gestellt worden.

Also „im Interesse einer gerichtlichen Klärung der Angelegenheit“ wird nicht etwa der Beamte, der Sült erschossen, verhaftet und ihm der Prozeß gemacht, sondern der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin stellt Strafantrag gegen diejenigen, die zu behaupten wagen, Sült sei ermordet worden. Wenn Polizeipräsident Richter glaubt, dadurch die Ankläger mundtot zu machen, so irrt er sehr. Im Gegenteil! Wir werden alles aufbieten, daß der Fall Sült geklärt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Sült wurde verhaftet, ohne daß man ihm ein Vergehen oder Verbrechen nachweisen konnte. Bis jetzt ist auch eine derartige Beschuldigung nicht erhoben worden. Man wußte, daß er großen Einfluß bei den Elektrizitätsarbeitern und städtischen Arbeitern hatte und man befürchtete, daß diese Arbeiter einer etwaigen Aufforderung Sülts zum Generalstreik folgen würden. Das genügte, um einen Kommunisten zu verhaften.

Vor Sülts Verhaftung hatte die bürgerliche Presse und der „Vorwärts“ in maßloser Weise gegen Sült gehetzt. Die Berliner Elektrizitätsarbeiter befürchteten deshalb das Schlimmste. Sie schickten eine Kommission zum Polizeipräsidenten Richter und gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, daß Sült im Gefängnis ermordet werden könnte.

Der Polizeipräsident war also gewarnt. Trotzdem ist Sült im Polizeipräsidium angeblich auf der Flucht erschossen worden. Die deutschen Arbeiter kennen ja dieses „auf der Flucht erschossen“ zur Genüge. Liebknecht, Jogisches, die Spanbauer Arbeiter, die 15 Arbeiter im Harz, erst in diesen Tagen die Schraplauer Arbeiter, sie alle sind angeblich auf der Flucht erschossen, in Wirklichkeit aber in brutaler und hinterlistiger Weise ermordet worden. Nicht anders liegen die Dinge im Falle Sült.

Und der Beamte, der Sült erschossen, hatte schon Übung im „auf der Flucht“ erschießen. Er hatte schon früher im Moabitler Gefängnis einen Kommunistenführer erschossen. Er war also besonders geeignet, unsern Genossen Sült zu transportieren.

Die „Rote Fahne“ in Berlin ist nun in der Lage, neues Material als Beweis für die Ermordung Sülts beizubringen. Sie schreibt:

Die Vorgänge bei der Ermordung Sülts erfahren eine neue Beleuchtung durch die Angaben des Herrn Dr. med. Arthur Bremer. Er betonte einem unserer Gewährsleute gegenüber, daß er kein Sozialist sei, im Gegenteil durch die sozialistische Bewegung Schaden erlitten hätte. Er sei in der Stunde, in der Sült erschossen wurde, zufällig im Polizeipräsidium gewesen. Nach dem Schuß sei er zu Sült geeilt, habe ihm den Rock aufgerissen und sofort die Schwere der Wunde erkannt. Sülts Augen waren geschlossen, er habe vor Schwäche nur noch seinen Namen angeben können. Dr. Bremer hat als Arzt sofort angeordnet, da er ohne Instrumente war, daß der zuständige Polizeiarzt geholt

wurde, da Sülts Wunde wegen der Gefahr innerer Blutung sofortigen Eingriff erheischte. Während Sült dalag, sei nun ein Polizeioffizier im blauen Mantel mit hellblauem Kragen auf den Liegenden zugetreten, habe ihn verächtlich mit dem Fuß getreten und gesagt:

„Verred, du Nas!“

Ein anderer Polizist in Zivil kam herbeigelaufen, klopfte dem Mörder auf die Schulter und sagte:

„Kraw gemacht, mein Junge!“

Schließlich seien vier Beamte gekommen und hätten Sült an den Füßen und an den Achseln gepackt und ihn fortgeschleppt. Dann will Dr. Bremer fortgegangen sein, äußerte aber sein Erstaunen als Fachmann, als ihm vorgehalten wurde, daß Sült noch um 1/2 auf dem Korridor des Polizeipräsidiums blutend gelegen hätte. Auf Vorhalten der Leichenphotographie mit der daraus ersichtlichen Verletzung am linken Beckenknochen erklärte Dr. Bremer auf das Bestimmteste, daß diese Verletzung noch nicht in seinem Beisein gewesen sei. Es sei auch nicht die Wunde, die Sült sich bei seinem Sturz zugezogen hätte, denn die habe sich am Hinterkopf befunden. Es sei auch kein Leichenflecken, denn die träten erst sehr spät und dann auch nur an Hals und Rücken auf. Auch Dr. Bremer schließt aus dem Anssehen der Verletzung auf einen Hadertritt.

Der Herr Polizeipräsident täte also besser, auf Grund der Aussagen des Herrn Dr. Bremer sofort eine Untersuchung einzuleiten, anstatt Strafantrag wegen Beleidigung gegen die „Rote Fahne“ zu stellen.

Von ärztlicher Seite wird uns weiter mitgeteilt:

„In einer am Freitag, den 15. d. Mts., stattgefundenen Sitzung im Gerichtsärztlichen Institut, Hannoverische Straße, berichtete vor zahlreichen Ärzten und Juristen Herr Dr. Georg Strahmann über einige gerichtsärztliche Punkte zum Fall Sült, insbesondere als Entgegnung auf einen irreführenden Artikel von Herrn Geheimrat Lubarsch in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“, der in einem großen Teil der bürgerlichen Tages- und Sensationspresse als Vorabdruck erschienen war. Eine ausführliche Entgegnung des bekannten Sachverständigen, Herrn Geheimrat Strahmann, soll demnächst in der gleichen ärztlichen Zeitschrift erscheinen, auf die vielleicht noch an dieser Stelle ausführlich zurückgekommen werden kann. Der Redner warde sich jedoch gegen die Behauptung von Lubarsch, daß durch dessen Sektion größere Klarheit über den Fall geschaffen worden wäre, als sie die Gerichtsärzte hätten schaffen können. Lubarsch glaubte durch Narkosaauffinden von Pulverteilschen in der Wunde „feststellen zu können, daß der Schuß aus erheblicher Entfernung abgegeben sein müsse“. Redner behauptete nun, daß diese „Feststellung“ gänzlich unhaltbar sei. Auch bei Schüssen aus nächster Nähe, nämlich fünfundsiebzig Zentimeter Entfernung, auf einen betleideten Körper, sind, wie er an vorgezeigten Präparaten bewies, Pulverteilschen in der Haut nicht mehr gefunden worden. Es sei doch wohl nicht anzunehmen, daß Sült „nach getroffen“ sei; daher hätte man auf jeden Fall die Kleider Sülts untersuchen sollen, ob Pulververbrennung daran zu sehen war. Zur Klärung der Sachlage hätten ferner Schießversuche mit der betreffenden Waffe gemacht werden müssen; auch hätte Geheimrat Lubarsch nach Stoffteilchen in der Wunde suchen sollen, was er augenscheinlich versäumt habe. Lubarsch hätte daher besser getan, die Sektion erfahrenen Gerichtsärzten zu überlassen.“

Diese Aussagen sind das Schlüsselglied in der Kette der Beweise für die Ermordung des Genossen Sült. Wir verlangen die sofortige Verhaftung des Mörders und seiner Komplizen und ihre Aburteilung.

In seiner Denkschrift über den Aufstand in Spanien 1873, heißt „Die Bakunin an der Arbeit“, hat Friedrich Engels einst geschrieben: „Es versteht sich, daß alle die Schwandnarrheiten der Bourgeoisieblätter von zwecklos niedergebrennten Fabriken, massenweise erschossenen Gendarmen, von mit Petroleum übergossenen und angezündeten Menschen keine Erfindungen sind. Die siegreichen Arbeiter, selbst wenn die Alliierten (Anarchisten) sie führen, deren Motto ist: „Es muß alles ungemiert werden“, gehen immer viel zu großmütig mit ihren besiegten Gegnern um, und diese dichten ihnen daher alle die Schandthaten an, die sie im Falle des Sieges nie unterlassen.“ Diese Gedanken passen so sehr auf die Gegenwart, daß Engels sie heute niedergeschrieben haben könnte. Nur eins fehlt daran, eins, das Engels unmöglich voraussehen konnte. Er konnte nicht wissen, daß die, die er damals noch als seine Genossen betrachtete konnte, die Bernstein, Kautsky und deren Jünger, daß die heute sowohl unter den Verleumdern des revolutionären Proletariats wie unter den Schandhuden, die wehrlose Arbeiter erschließen lassen, sich befinden.

Noch immer legen der „Vorwärts“, die „Freiheit“ und der Chorus der rechtssozialistischen und unabhängigen Blätter im Lande die Verleumdung der revolutionären Arbeiterschaft fort, während die bürgerliche Ordnungsbefie, von Ebert mit Ausnahmegerichten besetzt, unter dem Proletariat mit Nord und Ketten rast.

Angeichts der Brutalitäten und Schandthaten, des Büdens der Standgerichte und Ausnahmegerichte hat die USR-Presse nichts weiter zu sagen, wie ein verlegenes Anstammeln der Regierung und die SPD-Führer und -Presse beseitigen sich eines peinlichen Schweigens.

Das Schweigen dieser Gesellen über diese Schandthaten der Ordnungsbefie ist aber nicht etwa Scham nach der gemeinen Verleumdung aller revolutionären Taten des Proletariats. Nein, es ist ein Teil der systematischen gegenrevolutionären Verhöhnung des Proletariats, es ist die andere Seite der Verleumdung und offenen Bekämpfung der proletarischen Revolution durch die rechtssozialistischen Führer. Was verschweigen die Verleumder den sozialdemokratisch orientierten Arbeitermassen? Sie verschweigen ihnen alles, die Tatsachen, die das auch in den sozialdemokratischen Arbeitermassen inaktiv ruhende Klassenbewußtsein werden könnte und sie heute unbedingt in die Reihen der Revolution führen müßte. Weil diese Tatsachen — die Mühsungen der Gegenrevolution, die Schandthaten der Ordnungsbefie usw. — schon in ihrer nackten Wahrheit aufreizend wirken und da sie ebenso oder noch mehr aufreizend wirken würden, wenn sie es wagen sollten sie öffentlich zu verteidigen, deshalb verschweigen die Verleumder über solche Dinge.

Und wenn eine besonders traffe Schandtat sie zum Reden zwingt, dann heucheln sie, weil sie, wenn sie ehrlich sein könnten, sich selbst, die Schandhuden Hörsing, Ebert, Severing usw. anklagen müßten, weil sie betonen müßten, daß sie selbst es sind, die in den Regierungen, im Reichstag und unmittelbar beim Unterdrückungs- und Nachfeldzug gegen das antideutsche und übrige deutsche Proletariat die politische Verantwortung und Führung übernommen haben.

Darüber hilft sie auch keine faule Ausrede wie etwa die hinweg, daß Ebert bei der Dekretierung der Ausnahmegerichte nicht die brutalen Urteile der weißen Justizbesten oder Pöbel bei seinem Einmarsch nach Mitteldeutschland nicht die Schandthaten der Offiziere vom Schlege der Aulockbesten voraussehen konnten. Das sind Wägchen. Die Herren hätten nur die Schriften von Marx und Engels (auf die sie sich so gern berufen), in denen diese Altmeister des Kommunismus die Erfahrungen aus den Revolutionen ihrer Zeit zusammengetragen haben, zu lesen brauchen, um zu wissen, daß die herrschende Klasse, wenn sie nach einer Schlacht gegen die um die Macht ringende revolutionäre Klasse im Besitz der Macht bleibt oder sie wieder ergreift, allemal schlimmer wie Bestien unter dem Vortrupp der revolutionären, aufstrebenden Klasse haßt. Und wenn diese „Marxisten“, was bei einem Hörsing, Ebert, Severing und Konsorten wahrscheinlich ist, sind sie doch Typen der hohlen Phrasendrescherei, niemals Marx und Engels Schriften gelesen haben sollten, so haben sie in den zwei Jahren deutscher Revolution Gelegenheit genug gehabt — ich erinnere nur an die Monate nach der Novemberrevolution und an das Wüsten der Ausnahmegerichte unter den revolutionären Arbeitern und der Offiziere unter den Coert neu gebliebenen Soldaten nach dem Rapp-Putsch —, um dies zu begreifen, wenn sie das könnten und wollten.

Da leugnen sie aber einfach der Bewegung, dem Aufstand der Arbeiter gegen die Anbetung durch Sipo und Werkwehren der Unternehmer, den revolutionären Charakter

Der Justizminister der Rache.

Keine Immunität kommunistischer Abgeordneter!

Der preussische Justizminister hat an den Landtag das Ersuchen gerichtet, die Immunität des Abgeordneten Genossen Scholem aufzuheben, um ihn sofort unter der Anklage des Hochverrats verhaften zu können. Genosse Scholem hat als verantwortlicher Redakteur der Berliner „Roten Fahne“ für den besonderen Haß der deutschen Konterrvolution zugezogen.

Man will auch im Parlament ein beschleunigtes Verfahren gegen den Angeklagten durchzuführen. Der

Antrag auf Aufhebung der Immunität ist am Sonnabend beim Landtag eingegangen und soll noch am selben Tage durchgeprüft und zur Annahme gebracht werden. Bei der Nichtachtung, die das Parlament seiner eigenen Immunität entgegenbringt, werden die Schergen der Reaktion auch in diesem Falle keine Bedenken tragen, einen kommunistischen Abgeordneten der gegenrevolutionären Rachejustiz auszuliefern. Das Proletariat wird auch in diesem niederträchtigen Anschlag auf einen seiner Vertreter im Parlament eine Mahnung zu erhöhter Kampfbereitschaft entnehmen!

ab. Die Behauptung, Göring sei nur zum Kampf gegen Verbrechertum und nicht gegen die Arbeiterkraft aufmarschiert, ist das Hauptstück ihrer Verleumdungen. O, diese armseligen Heuchler. Sind sie so dumm, um diese Situationsparole ernst zu nehmen oder sind sie so insam, um diese Gemeinheit, unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen „Verbrechertum“ auf das revolutionäre Proletariat loszuschlagen, selbst erfunden zu haben. Äußerungen Görings lassen erkennen, daß das letztere der Fall ist, daß diese Schandbuben bewußt, nach einem teuflischen Plan die kannibalische Niedermetzelung des mittel-deutschen Proletariats inszenieren haben. Jedenfalls raubt die Kaserne, in der jetzt nach geschlagener Schlacht die Bourgeoisie überall sich auf das Proletariat stürzt, der Verleumdung, es habe sich um einen Kampf gegen Verbrechertum gehandelt, im Proletariat jeden Boden.

So stehen die Verleumder und Schandbuben, die Göring, Ebert, Severing und Konsorten nach da als Banditenführer und politische Scharlatane der gegenrevolutionären Bourgeoisie, der Stinnes, Simons usw. Die Entwicklung der Revolution hat die Wahrheit an den Tag gebracht. Sie hat den Verleumdern und Heuchlern die Maske vom Gesicht gerissen. Mögen die Arbeiter, die den Masken bisher noch geglaubt haben und ihnen folgten statt in den Kampf einzutreten, vor der enthüllten Nacktheit und Wahrheit nicht ihre Augen und Ohren und ihr Urteilsvermögen verschließen. Dann werden sie bei den unvermeidlich bevorstehenden neuen Kämpfen sich nicht wieder belügen und betrügen lassen und ihre eigene Sache verraten, sondern mit als erste in den Reihen des kämpfenden revolutionären Proletariats stehen.

Die Wahrheit bricht sich Bahn!

Göring —

der Hauptschuldige am mitteldeutschen Aufstand!

Wie im preussischen Landtag hat es in den letzten Tagen auch im Landtag der Provinz Sachsen, der gegenwärtig in Merseburg tagt, heftige Debatten über den mitteldeutschen Aufstand gegeben. Auf der Tagesordnung standen Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Ausnahmegerichte, wie auch unsere Genossen verlangten, insbesonders Fraktionsmitglieder sofort aus der Haft zu entlassen. Auf Göring, der damit prahlte, bereits sechs Aufstände blutig niederge schlagen zu haben, prasselten die heftigsten Angriffe von links und rechts. Unsere Genossen brandmarkten vor allem auch das verräterische Verhalten der menschewistischen und scheinsozialistischen Führerlika, deren erbärmliche Handlungsweise wesentlich zur Niederlage der mitteldeutschen Arbeiterkraft beigetragen hat. Bei dieser Gelegenheit war es auch möglich, in aller Öffentlichkeit all die zahlreichen Schwindelmeldungen über Greuelthaten der Kommunisten zu entlarven und auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Die Reaktion hatte einen wahren Telegrammensturm von Schwindel-meldungen verursacht, und es war hauptsächlich die Zentrale des Landes für die Provinz Sachsen, die als Lügen-jahval sich etabliert hatte mit dem ausgesprochenen Zweck, das Eingreifen der Reichswehr zu erzwingen, um ein Blut-bad unter der Arbeiterkraft herbeizuführen. Auf der anderen Seite hand unser Genossen reiches Material zur Verfü gung von den furchtbaren Mißhandlungen und Schandthaten, denen gefangene Arbeiter seitens der Sipo ausgesetzt waren; mehrfach sind verlorne Gefangene standrechtlich erschossen oder zu Tode verurteilt worden. Göring, der ausnahms im Bewußtsein seiner Schuld geschwiegen hatte, trat sodann aus seiner Reserve heraus, um sich zu verteidigen und seine Äußerungen waren zum Teil derart, daß sie ein für allemal festgehalten werden müssen.

Während er noch Ende März, als er sah, was er an-gerichtet hatte, glaubhaft machen wollte, die „Polizeiaktion“ richtete sich nur gegen die „Verbrecher“, plauderte er diesmal in seiner Dummheit aus der Schule. Es war ihm klar, daß noch überall in der Bevölkerung vom Kapp-Putsch Waffen vorhanden sein mußten. Um dies festzustellen, wurde die „Polizeiaktion“ unternommen! Mit dem Regierungspräsi-denten in Merseburg hatte er den Plan fein säuberlich ge-sprochen und genau berechnet und heute freut er sich, daß alles so „schön“ geblüht ist.

Unsere Auffassung, daß Göring die Arbeiterkraft nieder-treten wollte, ist jetzt durch Göring selbst bestätigt worden. Nach all dem hätte man glauben sollen, daß die Rechts-sozialisten von Göring abtrüben. Nichts von dem, sie hielten sich kämpfend vor ihm und stimmten auch mit den Bürger-lichen gegen die vorliegenden Anträge, die damit abgelehnt wurden. Der Belagerungszustand und die Ausnahmegerichte sollen also bestehen bleiben, so will es Göring und seine Trabanten. Sie säen Sturm!

Mar Hölz festgenommen.

Die Berliner Blätter melden, daß am Sonnabend Mar Hölz in Berlin verhaftet worden sein.

Der als Hölz Behaltene soll bei seiner Vernehmung jede Aussage verweigert, aber zugereben haben, daß er der geistliche Mar Hölz sei. Den Zeugnisaussagen zufolge scheint die Verhaftung durcherrat erfolgt zu sein. Mar Hölz wurde nach Koblenz ins Untersuchungsgefängnis überführt.

Neue Kommunistenverhaftungen in Merseburg.

Am Sonnabend erfolgte auf Veranlassung der Staats-anwaltschaft eine Reihe von Festnahmen verdächtigter Per-sonen, die im dringenden Verdacht stehen, am dem Aktentag auf die Hochbrücke des Nordostkanals beteiligt gewesen zu sein. Ein Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich in Merseburg, die Verhaftung der Angeklagten erfolgt durch das zuständige Gericht.

Was der „Demokratie“ die Immunität wert ist.

Das zeigt die Verhaftung unseres Genossen Schneider aus Jagen in Weiskau.

Genosse Schneider, der Landtagsabgeordneter ist, lag am Freitagmittag in Berlin in einem Restaurant am Pots-

damer Platz, als plötzlich eine Patrouille der Schutzpolizei auf ihn zutrat und ihn verhaftete.

Trotz seines Protestes und seines Hinweises auf seine Immunität wurde Genosse Schneider abgeführt und blieb mehrere Stunden seiner Freiheit beraubt. Dann hat man ihn entlassen und ihm mitgeteilt, daß ein „Frtum“ vorliege. Auch dieser Vorfall beweist, wie die Demokraten selbst ihre eigene Verfassung brechen, wenn sie gegen ihre Klassen-feinde, die Kommunisten, vorgehen wollen.

Henter und Verteidiger Hand-in-Hand.

Sondergericht Halle.

Ein noch würdigerer Vertreter der beim Sondergericht wirkenden Pflichtverteidiger als Rechtsanwalt Köhler ist der Rechtsanwalt John, der gestern einen recht harmlosen Ange-klagten zu „verteidigen“ hatte. Der als Zeuge vernommene Oberwachmeister Müller von der Sipo behauerte, durch das Zutreten seines Hauptmanns an der Erschießung des Angeklagten verhindert worden zu sein. Während der Beratung des Gerichts brüstete er sich weiter mit seinem verhinderten Selbstentum. Und siehe, er heischte nicht vergebens Unterstützung: Herr Rechtsanwalt John, der eben noch „verteidigt“ hatte, trat zu ihm und sprach: „Herr Wachmeister, ich behauere es mit Ihnen, daß Sie ihn nicht erschossen haben, dann wäre mir eine Arbeit erspart geblieben!“

Ein anderer Kriegsknecht brachte es fertig, dem Publikum während der Verhandlung durch Gebärden anzudeuten, wie er den vor den Richtern stehenden Angeklagten mißhandelt habe. Natürlich fiel die aus den zehn zugelassenen Bourgeois (die sich am Anblick der Ordnungssopfer weiden wollen) bestehende „Deffentlichkeit“ verständnisvoll in das niederträchtige Grinsen des Kriegsknechtes ein.

Vor diesem Gericht kann es auch passieren, daß ein An-geklagter, der erst vorgekern dem Kerker für zwei Jahre überantwortet wurde, heute in genau derselben Sache noch einmal verurteilt werden soll.

Im übrigen regnet es (Landgerichtsdirektor Krüger hat den Vorsitz) wieder Zuchthaus. Der Maurer Hermann Böhnke aus Leutschenthal hat mit einem Luftgewehr zwei Stunden Posten gestanden. Er wird deshalb wegen Hoch-verrats (!) und Landfriedensbruchs zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Sein 17-jähriger Sohn wird dafür, daß er nach den Eigentümer gezeigten hat, vier Monate ins Ge-fängnis geworfen.

Die Arbeiter Otto Vogel, Wilhelm Vogel, Karl Ziegel, Martin Winkler, Hans Heinrich, Adolf Thümler und Gustav Jahn sind auf einem Auto von Bitterfeld nach Leuna mit-genommen worden. Sie haben aber dort nicht an den Kampfhandlungen teilgenommen, sondern sind alsbald mit der Bahn wieder abgedampft. Sie kamen jedoch nicht bis nach Halle. Auf dem Hauptbahnhof in Halle wurden sie ver-haftet. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie Zuchthaus-strafen von 2-3 Jahren. Das Gericht verurteilte Jahn zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Einkerkerung, die übrigen zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu einem Jahr 8 Monaten.

Bei dem 24-jährigen Arbeiter Otto Brauer aus Leutschenthal hatte man eine Eierhandgranate gefunden. Sie war jedoch gebrauchsunfähig. Er erklärte dem die Hausjuchung leitenden Wagemeister, daß er sie bereits seit 1917 als Kriegsgeldbesitzer besitzt. Der Wagemeister mußerte ihn miß-trautig und fragte: „Waren Sie Unteroffizier?“ „Ja wohl, Herr Wagemeister!“ „Dann will ich Ihren Angaben Glauben schenken.“ In der Verhandlung beuerte der diensthabende Strafe: „Man sieht doch gleich, was ein alter Krieger ist.“ Diese Auffassung schien auch das Gericht zu haben. Es sprach Brauer frei.

Das neue Orgeschministerium.

Wenn auch zurzeit die neue Ministerliste noch nicht feststeht, so kann man doch wohl annehmen, daß Stegerwald sein Reichsminister ohne Sozialdemokraten und gegen-den Willen der Sozialdemokratie bilden wird. Nach Blätter-meldungen soll unter Vorsitz Stegerwalds ein Übergangs-kabinett mit dem bisherigen Handelsminister Fischbeck (Demokrat) und dem bisherigen Justizminister Im Zehnhoff (Zentrum) gebildet werden. Die übrigen Minister sollen Brauns (Fortschrittler), d. h. stramme Deutschnationaler und wackelnde Monarchisten sein.

Der „Vorwärts“ hat Recht, wenn er schreibt: „Die äußerste Rechte darf die Bildung des Bürgerwäldchen Ueber-zug-geheimnisses — des ersten seit der Revolution ohne Sozialdemokraten — als ihren Erfolg buchen.“

Die Sat der Sozialdemokraten, die verläufig vollständig ausgeblüht sind, ist groß. Sie hatten Stegerwald als Ministerpräsidenten die Stimme gegeben und sie hatten das Wohlwollen in Selbstverleumdung und Arbeiterverrat gekostet, um mit dem der Parie zu sein.“

Der „Vorwärts“ schreibt sehr richtig: „Den Kampf, der durch die Bildung des Geschäftsministeriums zum Siegerwald unvermeidlich wird, hat die Sozialdemokratie nicht gesucht.“ Reichspräsident Ebert, der sich die größte Mühe gab, die Verbindung zwischen Orgesch und Sozialdemokratie nicht ab-zureißen zu lassen, ging jetzt, Roske und Bauer als Ver-träger der SPD, in die preussische Regierung vorzuschieben.

Über die Reaktion glaubt, selbst diese hochqualifizierten Arbeiterkonkurrenz erheben zu können. Sie fühl sich jetzt auf die „ganz“ Arbeit machen und die Hüfte der sozial-demokratischen Politik erheben zu können.

Die Sozialdemokraten, die bis jetzt mit an der Regierung-spitze saßen, werden der Reaktion jetzt nicht wehe getan. Im Gegenteil! Sie haben das Reichsamt der Arbeiter, die Reaktion wieder zur Herrschaft zu bringen. Die Roske und

Seine, die Göring und Severing haben sich unsterbliche Verdienste um die Bewaffung und Stärkung der Reaktion erworben. Aber man braucht sie nicht mehr. Sie erhalten den wohlverdienten Fußtritt.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt den bürgerlichen Par-teien den Kampf anzeigt, so braucht man dies nicht ernst zu nehmen. Die Sozialdemokratie wird parlamentarische Oppo-sition mimen, hinter den Kulissen aber alles ausbieten, um möglichst halb wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Sie wird im preussischen Landtag dieselbe Opposition treiben, wie im Reichstag, die ihr Mitglied Roske folgendermaßen umschreibt:

„Die Opposition der Sozialdemokraten im Reichstage ist in Wahrheit keine Opposition. Sie enthalten sich zwar der Teilnahme an der Regierung, üben auch oft Kritik, hüten sich jedoch, so ernsthafte Schwierigkeiten zu machen, daß dadurch ein Sturz der Regierung herbeigeführt werden könnte.“

Das oppositionelle Getue bezeichnet Roske richtig als einen Kniff, um Mitglieder und Wahlstimmen für die Partei und Abonnenten für die Parteizeitungen zu gewinnen. Die Sozialdemokraten werden der neuen Regierung keine Schwierigkeiten machen und mit und ohne Sozialdemokraten wird die neue Regierung eine App-regierung sein.

Diese Entwicklung wird Klarheit schaffen und dazu beitragen, die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen.

Der Preussische Landtag und die Märzaktion.

Wie lassen nachstehend die Aeden unserer Genossen im Preussischen Landtag folgen, die von der bürgerlich-rechts-sozialistischen Meute mit Begehr aufgenommen wurden.

Zuerst mal Minister des Innern Severing (mit Hutrufer der Kommunisten empfangen. Gebrüll bei dem Roske-Sozialisten.) Ich weiß dem Herrn Präsidenten Dank dafür, daß er verhindert hat, daß die Aussprache während der Niederkämpfung des Aufstandes stattfand. Nach einigem Geplänkel gegen rechts kommt er zu dem Schluß, eine vor-sichtliche Regierung hätte mit Rücksicht auf die Lage in Mittel-deutschland stärkere Polizeikräfte zusammengezogen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Wo die Gewerkschaften ungestört arbeiten konnten, ist es nicht zu solchen Entladungen gekommen. Do-gegen, daß den Kommunisten, die ihre Waffen abliefern, Straffreiheit zugestimmt sei, wendet sich Severing ganz entrüstet. Nur ein Demagoge kann der preussischen Regierung vor-werfen, sie habe keine Reichswehr verwandt. Mit meiner Einwilligung sind erhebliche Kräfte in Bitter-feld, Aschersleben usw. eingesetzt worden. (Zurück b. d. Komm.: Verbrecher!) Schutzpolizei ist im genügenden Maße verwandt worden. Ich stelle jedoch fest, daß im Kreise Liebenwerda neben den Kommunisten die Vertreter des Bauern-bundes sich der Verwendung der Schutzpolizei aufs heftigste widersetzt haben. Gegen die Bezeichnung, daß unser Genosse Sülts ermordet worden ist, wendet sich Severing ganz ent-schieden. Die unabhängigen Landräte haben sich sehr gut bewährt. Standgerichte sind nicht eingesetzt. Todesurteile sind nicht vollstreckt worden. (Widerspruch b. d. Komm.) Mit einem Loos auf die Demokratie und der Verwahrung, daß er sich zu neuer Bluttat bereit hält, tritt der Herr Minister unter Zeichen der Kommunisten und dem Beifall der Mitte ab.

Dr. Meyer, Ostpreußen (Komm.): Wenn Herr Severing der Meinung ist, daß die Kommunisten nicht zu fürchten sind, daß sie nur große Worte machen, hinter denen nichts steckt, weshalb fürchtet sich denn Herr Severing sogar vor den Worten, die gesprochen werden?

Neben den Schandthaten, die von den bewaffneten Truppen in Mitteldeutschland begangen worden sind, neben den grauen-haften Urteilen, die Tag für Tag von der Ausnahmejustiz gefällt werden, neben der Ermordung Sülts ist zwar die Unterdrückung der kommunistischen Presse nur eine verhältnis-mäßig kleine Angelegenheit, aber sie muß trotzdem behandelt werden, weil sie bezeichnend ist für das, was die von Herrn Severing gerühmte Demokratie in Deutschland bietet. Trotz Verfassungsbestimmungen treten die Behörden die Pressefrei-heit Tag für Tag mit Füßen. Sie tun alles, um die Demo-kratie, zu der wir uns bekennen wollen, selbst zu diskreditieren. Durch Verhaftung von Redakteuren, durch Verbot von Zeitungen, durch Zerstörung von Maschinen wird Tag für Tag die kommunistische Presse unterdrückt. Erst vor wenigen Tagen ist der Redakteur Werner in Essen verhaftet worden. Weshalb? Er hat nicht einmal die Nummern des „Rahr-Echos“ verantwortlich gezeichnet, sondern der Staats-anwalt vermutet nur, daß die Artikel, die zum Generalstreik aufforderten, von Werner geschrieben worden sind, und auf Grund dieser Vermutung nimmt die Staatsanwaltschaft sich her-an, Werner zu verhaften, ein selbst in der Geschichte der preussischen Klassenjustiz unerhörtes Vorgehen.

In Berlin besteht kein Ausnahmezustand und doch sind wiederholt Auflagen der Berliner „Roten Fahne“ beschlag-nahmt worden. (Dasselbe Bild wie in Breslau. D. Red.) Maschinenteile wurden zerstört. Das erinnert an die Vor-gänge im Herbst und Winter 1918/19, als damals die Arbeiter den „Vorwärts“ besetzten, haben sie nicht die Maschinen zerstört, als aber die Truppen von Heilmann und Kuttner, die Freiwilligenregimenter, in die Druckerei der „Roten Fahne“ und in die Büroräume des Spartakusbundes kamen, haben diese angeblichen Wiederhersteller der Ruhe und Ordnung unsere Maschinen mit Handgranaten zerstört.

Die Verfolgungsmut der Staatsanwaltschaft geht so weit, daß sie die „Jugendinternationale“ verbietet, weil in derselben ein Bild über die Kommune von 1871 abgebildet ist. Gleichzeitig hat der Staatsanwalt eine Nummer der „Jungen Garde“ beschlag-nahmt, die der Auffklärung der jungen Arbeiter dient. Organe jedoch, die zur Ermordung von Kommunisten und Baujungen auffordern, können ungehindert ihr Wesen treiben.

Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der absoluten Pressefreiheit, sondern auf dem Standpunkt der Bour-geoisie brauchen nicht zu erütern. Die Arbeiterkraft wird

... mit all diesen Lügenfloßen aufdräumen und wenn Sie uns jetzt noch so sehr daran hindern, die Wahrheit auszusprechen: Die Wahrheit wird sich geltend machen. Je größer der Druck, je größer ihre Unterbindung der Wahrheit ist, desto mehr wird sie Fuß fassen und Sie alle fortzuschwemmen. (Bravo! bei den Komm.) (Schluß folgt)

Ihr habt recht gehandelt!

Zum ersten Male seit den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 zogen die revolutionären Proletarier Deutschlands in den Kampf gegen die kapitalistische Regierung, nicht nur, um von ihr ein Stückchen Brot zu erlangen, nicht nur, um ihren Protest gegen das Wüten der weißen Banden auszudrücken, sondern mit dem Willen, der Herrschaft der deutschen Ausbeuter ein Ende zu bereiten. Zum ersten Male überhaupt zogen sie in diesen Kampf geschlossen als große, von einem Willen geleitete Masse. Sie bewiesen an allen Ecken Deutschlands, daß Millionen Proletarier bereit sind, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um sich von der Herrschaft des kapitalistischen Proletariats zu befreien. Dieser erste organisierte Ansturm des revolutionären deutschen Proletariats wurde noch nicht von Erfolg gekrönt. Dank dem infamen Verrat der proletarischen Interessen durch die SPD., deren Hörsinge und Severinge die Rolle der Roskes sogar unter einer rein bürgerlichen Reichsregierung spielen, dank dem offenen Uebertritt der USPD. in das Lager der Konterrevolution stand keine einheitliche Front des Proletariats der einheitlichen Front der Bourgeoisie gegenüber. Und noch einmal, mehr gestützt durch die Uneinigkeit der Arbeiter, als durch ihre Bajonette, triumphierte die deutsche Bourgeoisie. Aber ihr Triumph ist ein kurzlebiger. Die Proletarier haben in ihrem Kampfe große Erfahrungen gesammelt. Sie werden es besser als bisher verstehen, den nächsten Kampf vorzubereiten, und der Ruf zu den Waffen wird in immer breiteren Massen ein Echo hervorrufen. Weniger denn bisher wird die Bourgeoisie gewillt und imstande sein, auch die geringsten Forderungen des Proletariats zu befriedigen. Hörsing hat gesteuert, aber Hoch steht am Rhein, und die Sieger auf den Feldern des Bürgerkrieges fühlen an ihrem Halse die Schlinge des siegreichen Weltkapitals. Sie werden mehr als bisher in ihrem Gefühl, daß sie sich auf die von ihnen niedergeworfenen Arbeitermassen nicht stützen können, den Forderungen des siegreichen Weltkapitals nachgeben, um alle Kräfte, die die Entente Deutschland auferlegt, auf den Rücken des deutschen Proletariats abzuwälzen, und so wird bald der Augenblick kommen, wo die von der SPD. und USPD., von der Gewerkschaftsbürokratie schamlos betrogenen Arbeiter einsehen werden, daß es zu wählen gilt zwischen einem schwachvollen Dahinsinken und zwischen dem mutigen und einheitlichen Kampf um die Eroberung der Macht, um Mitteleuropa. Wir beweinen mit euch die als Helden gefallenen Opfer des proletarischen Befreiungskampfes. Wir gedenken mit euch in branneudem Jörn der Leiden der inhaftierten Genossen, die jetzt der trockenen Souffline der demokratischen Schandgerichte ausgeliefert werden. Der erste Ansturm der Vorkämpfer des deutschen Proletariats ist abgeschlagen. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien werden versuchen, Mißstimmung in die Reihen der sich zurückziehenden Truppen hineinzutragen. Die Kommunistische Internationale sagt euch: Ihr habt richtig gehandelt! Niemand kann der Sieg der Arbeiterklasse auf einen Schlag erschaffen werden. Ihr habt ein neues Blut in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aufgeschlagen. Rüstet zu weiteren Kämpfen, prüft eure Reihen, stärkt eure legale und illegale Organisation, verschärft die proletarische Disziplin und die kommunistische Einsicht der Kämpfer!

Denkt der Opfer des neuen März!

Es lebe das vereinigte kommunistische deutsche Proletariat!

Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Moskau, den 6. April 1921.

Der verrätene Generalstreik in England.

Nachdem Thomas den für Freitag abend angelegten Streik abgelagt hat, ist es in der letzten Sitzung des Unterhauses zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen. Chamberlain teilte mit, daß sich zu einer Unterredung im Handelsamt zwischen Bergwerksbesitzern, Regierungsvorstehern und Bergarbeitern die Bergarbeiter nicht eingefunden hätten. Lord George erklärte, daß er von der Gewerkschaft der Bergarbeiter die Mitteilung erhalten habe, daß eine provisorische Regelung der Lohnfrage, wie sie die Regierung vorgeschlagen habe, unannehmbar sei. Die Regierung will einer gleichen Bezahlung sämtlicher Bergarbeiter im Lande zustimmen, eine Verschmelzung der Gewinne aber für das ganze Land müsse sie ablehnen, weil das die Wiederherstellung der Staatkontrolle zur Folge haben würde.

Gerade als es zu einer Auseinandersetzung zwischen Agne und Chamberlain kommt, teilt Stanley Wilson mit, daß die Gewerkschaften überhaupt über den Streik verjäten.

Danach ist es den englischen Gewerkschaftsführern gelungen, den Generalstreik endgültig abzuwürgen. Die Transportarbeiter und Eisenbahner sind ihren „Führern“ gefolgt und haben die Bergarbeiter schließlich im Stich gelassen. Chamberlain hat die Bergarbeiter erneut zu einer Konferenz eingeladen. Ihre Vertreter sind aber wiederum nicht erschienen. Die Bergarbeiter lehnen Verhandlungen mit der Regierung ab.

Lord George läßt „seinen“ Sieg der Vernunft in alle Welt pochen. Ihm ist es gelungen, die Revolution wieder einmal von England abzuwenden. Die Gewerkschaftsführer, die ja nur seine Pappen sind, hat er äußerst geschickt gegeneinander ausgepielt.

Die Exekutive der K. J. zur italienischen Frage.

Fünf Mitglieder der Zentrale der K. J. haben ihren Rücktritt aus der Zentrale erklärt und begründet mit ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der Exekutive in der Frage der Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei.

Für jeden denkenden kommunistischen Arbeiter genügt die einzige Tatsache: Vor die Frage gestellt, mit den Reformisten oder mit den Kommunisten, hat die zentralistische Führergruppe um Serrati 12 000 Reformisten zuliebe mit 60 000 kommunistischen Proletariern Italiens gebrochen. Diese Tatsache sagt mehr als alle Redensarten über das untätige Vorgehen dieses oder jenes Vertreters der Kommunistischen Internationale. Für alle Mitglieder der deutschen Zentrale sollte dies klar sein.

In einer kommunistischen Partei werden die Führer von den Arbeitern auf den Posten gestellt, den zu verlassen sie ohne Zustimmung der Partei ebensowenig recht haben, wie ein Rotarmist das Recht hat, seinen Wachtposten zu verlassen. Nur in bürgerlichen oder opportunistischen sozialistischen Parteien glaubt der Führer selbständig auch gegen den Willen der Parteimitglieder auftreten zu können. Sondernfalls waren die fünf Genossen verpflichtet, aus Rücksicht der italienischen Disziplin zunächst ihre Absicht, aus dem Zentralkomitee auszutreten, der kommunistischen Internationale mitzuteilen.

Die Exekutive bedauert daher den Austritt der fünf Genossen aus dem Zentralkomitee der K. J. und erblickt in diesem Austritt:

1. Mangel an Disziplin in den führenden Schichten der K. J.

2. Die Bestätigung der Tatsache, daß sich innerhalb der Führerschaft der K. J. Ansätze zur Bildung eines rechten Flügels zeigen. Die Exekutive ist der Meinung, daß die wirklichen Motive des Rücktritts des Genossen Levi und seiner Gruppe aus der Zentrale der K. J. nicht die italienische Frage, sondern opportunistische Anwandlungen in deutschen und internationalen Problemen sind.

Allen bewußten Kommunisten Deutschlands muß es klar sein, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale sich das Ziel setzt, nicht Sekten, sondern wirklich aktive und revolutionäre kommunistische Massenparteien in jedem Lande zu bilden. Die Bemühungen der Exekutive, insbesondere auch in Deutschland, die Vereinigung des Spartakusbundes mit den revolutionären Elementen der früheren USPD. und der K. J. durchzuführen, um eine große kommunistische Massenpartei herauszubilden, sind ein genügender Beweis dafür. Der Versuch, die Ereignisse in der italienischen Partei als eine „mechanische Spaltung“ darzustellen, bedeutet, daß die Urheber dieses Vorwurfs entweder über die wirkliche Lage in der Italienischen Sozialistischen Partei nicht informiert sind, oder daß diese Urheber in ihrer Argumentation dem menschenwütigen-reformistischen Fahrwasser zutreiben.

Die Exekutive macht alle deutschen Kommunisten darauf aufmerksam, daß in den letzten Monaten sich in verschiedenen Ländern Elemente zur Ausbildung eines rechten Flügels des Kommunismus zeigen. Um so mehr müssen alle Kommunisten die Reihen schließen und entschieden diese Tendenzen im Keim überwinden.

Mit vollen Baden bläst auch das deutsche Sinnesorgan die „Deutsche Allgemeine“ seinen Siegeshymnus.

Es schreibt:

Dies Zerwürfnis unter den Mitgliedern des Arbeiterdreibundes bedeutet den Bruch der berühmten einigen Arbeiterfront Englands. Die mächtigste Gruppe der englischen Arbeitergewerkschaften ist damit gesprengt. Wie sich nun die Bergarbeiter ohne Unterstützung der anderen Gewerkschaften verhalten werden, ist sehr zweifelhaft. Eine Weiterführung des Kampfes erscheint aussichtslos.

Den englischen Arbeitern wird in Zukunft nichts anderes übrig bleiben, um nicht ein anderes Mal um die Früchte ihres Kampfes betrogen zu werden, als die verräterischen Schurken unter den Gewerkschaftsführern davon zu jagen und Männer aus den Betrieben an ihre Stelle zu setzen, Revolutionäre, denen wirklich die Befreiung des Proletariats am Herzen liegt und die nicht nur die Agenten der Unternehmer sind.

Aus der Partei.

Levi appelliert an den Zentral-Ausschuß!

Paul Levi hat in einem Schreiben an die Zentrale gegen seinen Ausschluß Berufung beim Zentral-Ausschuß eingelegt. Diesem statutenmäßig vorgezeichneten Appell wird selbstverständlich Rechnung getragen werden.

Ausland.

Die kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Mexiko.

An dem Arbeiter- und Bauernkongress, den die Kommunisten einberufen haben, um eine Organisation zur Bekämpfung der gelben Gewerkschaften zu schaffen, haben 35 Delegierte aus zwölf mexikanischen Staaten mehr als 40 000 Arbeiter vertreten. Der Kongress beschloß den Austritt aus der gelben amerikanischen Arbeiterföderation und die Gründung einer revolutionären Arbeiterunion und wird mit der kommunistischen Partei Mexikos Fühlung nehmen. Der Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale Moskau wurde im Prinzip auch beschlossen. Über den Zeitpunkt des Anschlusses wird eine besondere Abstimmung entscheiden.

Die Erklärung des Genossen Levi vom 23. März beweist, daß dieser Genosse schon knapp vor einem Bruch mit der Kommunistischen Internationale steht. Diese Tatsache sollte den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht und ihnen helfen, ihren Irrtum einzusehen und zu korrigieren.

In der durch die letzten Märzkämpfe in Deutschland eröffneten Periode werden für Richtungsunterschiede nicht mehr die mehr oder minder durchdrachten Auffassungen über die italienische Parteifrage bestimmend sein, sondern die Stellungnahme zu den Problemen des eben durchgeführten und wieder bevorstehenden revolutionären Massenkampfes.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

In der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 4. April 1921 wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Exekutive hat auf die Tagesordnung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale die Frage der Apellation der Sozialistischen Partei Italiens gesetzt. Die Exekutive beschließt daher, der genannten Partei eine Einladung zum 3. Kongress zu senden und teilt der Sozialistischen Partei Italiens folgendes mit:

1. Wir schlagen vor, daß die Delegation der S. J. breite Vollmachten haben soll, damit die Delegierten nicht, wie es während des 2. Weltkongresses der Fall war, sich auf mangelnde Vollmachten berufen können.

2. Wir schlagen vor, daß die Delegation der S. J. nicht nur aus Vertretern des Zentralkomitees, sondern auch aus Vertretern der stärksten Parteiorganisationen bestehen soll. Wenn möglich sollen die letzteren zahlreich vertreten sein.

3. Wir bestätigen noch einmal, daß unsere Hauptforderung der sofortige Ausschluß der reformistischen Richtung Turati-Modigliani ist. Wir ersuchen darum die S. J., dem 3. Weltkongress eine klare und präzise schriftliche Erklärung zugehen zu lassen, ob sie darauf besteht, daß die Gruppe der Critica Sociale (Turati-Modigliani) Mitglied der 3. Kommunistischen Internationale sein könne und solle.

4. Das engere Büro wird beauftragt, einen ausführlichen Offenen Brief an die Mitglieder der S. J. zu richten mit einer Kritik der Haltung der S. J. Das engere Büro wird weiter beauftragt, den Bericht des Vertreters der Exekutive in Italien, Genossen Nicolini, sowie den Bericht des Genossen Kabasschieff in vier Sprachen abzu drucken und allen Bruderparteien noch vor dem Kongress zuzustellen.

Die Exekutive benützt die Gelegenheit, um der Kommunistischen Partei Italiens ihre Brudergrüße zu entsenden.

Wir begrüßen den Beschluß der Exekutive, der es den revolutionären Arbeitern in der sozialistischen Partei Italiens, die auf dem Kongress in Livorno die Notwendigkeit der Trennung von den Reformisten noch nicht erkannten, erleichtern wird, aus der immer klarer konterrevolutionären Haltung ihrer Führer seit Livorno die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Verfolgung der Gewerkschaften in Polen.

Die Gewerkschaftsaktion der Metallarbeiter in Prag (Warschau) hatte eine Sitzung einberufen, auf der der Monatsberichts über die vergangene Periode vorgelegt werden sollte. Zu dieser Sitzung kam Polizei. Die Gewerkschaftsmitglieder verlangten mit Rücksicht auf den geschlossenen Charakter einer solchen Sitzung die Entfernung der Polizei, worauf der Führer der Polizisten einen amtlichen Ausweis vom Regierungskommissar vorwies, laut welchem die Polizei bei den Beratungen der Sektion anwesend sein muß. Die Versammelten protestierten in einer Resolution gegen ein derartiges Vorgehen der Polizei gegen die Gewerkschaften und schlossen alsbald die Sitzung unter Abfangung der „Roten Fahne“.

Revolutionierung der tschechischen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftskommission in Bysočan hat in einer Sitzung eine Erklärung angenommen, die sich scharf gegen die Taktik der Rechtssozialisten wendet, überall dort, wo sie in der Minderheit bleiben, die Gewerkschaften zu spalten. Es wird die möglichst rasche Einberufung eines Gewerkschaftskongresses gefordert, der die weitere Taktik der Gewerkschaften festlegen soll und die Einsetzung eines Gewerkschaftsrates von Groß-Prag, da die Prager Arbeiterbewegung weder vom Zentralgewerkschaftsrat, noch von den einzelnen Ortskommissionen richtig geleitet werden könne. Der Aufruf verlangt von den Gewerkschaften im Parlament, gegen die verräterischen Erklärungen der Rechten Stellung zu nehmen und schließt mit einem Bekenntnis zum entschiedenen Klassenkampf.

Letzte Telegramme.

Ein Riesenlandarbeiterstreik in der Slowakei.

Bratislava, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen den Meldungen bürgerlicher Väter hat die Streikbewegung der Landarbeiter einen mächtigen Umfang angenommen. 200 000 Arbeiter stehen bisher im Streik und von überall langen Meldungen von der wachsenden Ausdehnung des Streikes ein, der überall einen würdigen und ruhigen Verlauf nimmt. Die Arbeiter lassen sich in keiner Weise provozieren, nichtsdestoweniger hat z. B. in Somorba der Gendarmeriekommandant drei Vertrauensleute verhaftet. Heute haben im Ministerium Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren morgen um 10 Uhr vormittags mit den Streikenden Verhandlungen beginnen. Demzufolge wird das

